

Die „Volkswacht“ erscheint täglich Samstag ausser Sonntag und ist durch die Expedition, Neue Wapenstr. 5/8, durch die Post und durch Colportage zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 2.50, pro Woche 20 Pf. Postzeitungsliste Nr. 7745.

Volkswacht

Anfertigungsbüro beträgt für die einseitige Vertikale oder deren Raum 20 Pfennige, für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 10 Pfennige. Inserate für die nächste Nummer müssen bis Vormittag 10 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werkhätige Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die neue Welt“.

Telephon Nr. 451.

Telephon Nr. 451.

Nr. 4. Donnerstag, den 5. Januar 1899. 10 Jahrgang.

Politische Uebersicht.

Vom Check- und Ausgleichs-Verkehr.

Unter den in der Chronik aufgeführten Vorlagen hat die Antikündigung der Einrichtung des Check- und Ausgleichs- (Clearing-) Verkehrs bei der Reichspost wohl am meisten und am begreiflichsten ein starkes Gefühl der Neugierde erweckt. Was ist denn „Check“, was ist „Clearing-Verkehr“?

Das Check- und Ausgleichsverfahren ist ja in Deutschland nicht neu, aber bisher haben nur solche Kreise an dieser Form des Zahlungswesens Theil genommen, die sich hohen Kredits erfreuten oder mit grossem Kapital arbeiteten. Daher ist für die modernen kreditwirtschaftlichen Formen des Zahlungswesens in der breiten Masse des Volkes noch wenig Bekanntheit.

Die bürgerliche Oekonomie theilt nach der Art, wie sich die Wirtschaftseinheiten zu einander verhalten, die Geschichte der Volkswirtschaft in verschiedene Entwicklungsstufen. Sie spricht von der Naturalwirtschaft und kennzeichnet damit einen Zustand der Wirtschaft ohne Verkehr, ohne Tausch, ohne Geld, wo die Versorgung der Glieder der Wirtschaftsgemeinschaft mit Verbrauchsgütern aus der eigenen Wirtschaft erfolgt. Man tauscht nicht, man handelt nicht, sondern stellt alles das, was zum Leben nötig ist, in der eigenen Wirtschaft her. In diesem Sinne weisen heute noch Bauernwirtschaften, namentlich im Gebirge, einen naturalwirtschaftlichen Zug auf, weil hier ein nicht unbeträchtlicher Theil der Produktion zur unmittelbaren Deckung des eigenen Bedarfes dient. Wollen wir mit Engels reden, so herrscht die Naturalwirtschaft namentlich auf der untersten Stufe der Barbarei vor. Hier produzierten die Menschen nur direkt für den eigenen Bedarf. Die etwa vorkommenden Austauschwaren waren vereinzelte, betrafen nur den zufällig sich einstellenden Ueberschuss. Anders schon auf der Mittelstufe der Barbarei, wo wir bei Hirtenweidern im Vieh schon einen Besitz finden, der bei einer gewissen Grösse der Herde regelmässig einen Ueberschuss über den eigenen Bedarf liefert und einen regelmässigen Austausch, — aber noch in Form von Naturalgaben, wie Anteiilen an den Produkten der Viehzucht, — herbeiführt. Die Oberstufe der Barbarei bringt dann die weitere Arbeitsteilung zwischen Ackerbau und Handwerk, damit Produktion eines Reiss wachsenden Theiles der Arbeitserzeugnisse direkt für den Austausch, damit Erhebung des Austausches zwischen Einzelproduzenten zu einer Nothwendigkeit der Gesellschaft. Es entsteht eine Klasse von Personen, die sich nicht mehr mit der Produktion beschäftigen, sondern nur noch mit dem Austausch der Produkte: die Kaufleute. Mit dem Eintritt dieser Klasse in die Wirtschaft entsteht das Bedürfnis nach einem Zahlungsmittel, das allgemeine Abzahlbarkeit besitzt, das eine räumliche und zeitlich möglichst uneingeschränkte Macht über alle Marktsgüter ausübt: entsteht das Bedürfnis nach Geld, um den Tauschhandel zur Entwicklung gelangen zu lassen. Unter den vielen Geldarten entwickelt sich sehr frühzeitig das Metallgeld als das allgemein gebräuchliche Zahlungsmittel. Damit tritt die Gesellschaft in die Periode der Geldwirtschaft ein. Die einzelne Familie oder ihr Haupt stellt nicht mehr für den eigenen Bedarf Verbrauchsgüter her, sondern Kaufsgüter für den Markt. Es werden Waaren produziert und gegen Geld in gemünzten Stücken gehandelt. Die produktive Bevölkerung gliedert sich in zahlreichere Erwerbs- und Berufsclassen; Landwirtschaft, Bergbau, Fischerei, Gewerbe, Handel und persönliche Dienstleistungen sind selbstständige Erwerbs- und Berufsweige.

Je schneller nun die Verkehrsakte erfolgen und je größer das Wirtschaftsgebiet wird, in dem Tauschakte stattfinden, desto stärker wird die Schwere der Umsätze von baarem Geld empfunden und das Bedürfnis nach Vereinfachung der Zahlungsart geweckt. Der internationale Zahlungsverkehr von Land zu Land ist es zunächst, der die auf dem Kredit basierende Form der Zahlung heischt. Damit bahnt sich die Periode der Wirtschaft an, in der wohl Verkehr, aber ohne Geld stattfindet. Es wird umständlich, zeitraubend und kostspielig, große Summen Geldes von einem Land ins andere der einfachen Zahlung halber zu transportieren, und man hat daher mit Hilfe der Großbanken eine kreditwirtschaftliche Form der Zahlung gefunden, bei der der Check und das Abrechnungswesen die Hauptrolle spielen. Hier ein Beispiel, wie auf diese Weise große Summen ganz einfach bezahlt zu werden pflegen. Als China an Japan den ersten Theil der Kriegsentwädigung von 8,250,000 Pf. Sterl. zu bezahlen hatte, war dies Dank der ausgebildeten kreditwirtschaftlichen Form des Zahlungswesens so einfach, als wenn die Köchin des Morgens beim Bäcker Semmel kauft. Der chinesische Gesandte übergab seinem Kollegen aus Japan einen kleinen Papierstreifen, welcher bloss einen Penny-Stempel trug. Der Abgesandte des Mikado beordnete dieses „Papierchen“ in der „Specie Bank of Japan“ in London und der ganze Zauber war fertig. Die genannte Bank ließ die 8 Millionen Pfund Sterling, welche bis dahin in der Bank von England der chinesischen Regierung kreditirt waren, auf ihr Konto übertragen. Nicht ein Schilling wurde gerührt. Zwei Nationen im fernen Osten Aliens führten mit einander Krieg auf Tod und Leben. Der Besiegte mußte dem Sieger viele Millionen als Kriegsentwädigung bezahlen und diese Operation vollführt sich ganz einfach, indem ein Kommiss der japanischen Bank in London neben vielen anderen Checks auch den über 8 Mill. Pf. Sterl. in die Bank von England einbezahlt. Diese Zahlung ohne jeden Pfennig baaren Geldes erfolgt mittelst des Checks.

Wird der Check demokratisirt, wozu die angekündigte Vorlage ein erster Schritt ist, dann wird das gesammte Zahlungswesen revolutionirt. Auch im Mittelstande, ja bis herunter zu den Arbeitern verändert sich der Zahlungsprozess das baare Geld wird verdrängt, es bahnt sich die auf dem Kredit beruhende Form des Zahlungswesens an, das in Ländern wie England und Amerika schon ziemlich weit vorgeschritten ist. Namentlich möchten wir hier nicht zu erwähnen vergessen, daß in verschiedenen Staaten der Union auch schon die Arbeitslöhne in Checks ausbezahlt werden, die Arbeiter also auch schon in diese kreditwirtschaftliche Form des Zahlungswesens einbezogen sind.

Was ist nun das für ein Ding, das das gesammte bisherige auf der Baarzahlung mit Metallgeld beruhende Zahlungswesen so revolutionirt, das die Geldwirtschaft ablöst und zu einem Verkehr auf Grundlage des Kredits führt?

Wenn ich bei einer Bank Geld liegen habe, so kann ich jeder Zeit über das Geld, d. h. über mein Konto bei der Bank, verfügen, d. h. ich kann die Bank anweisen, sie soll einen Theil des Geldes dem oder jenem, an wen ich nun gerade eine Schuld zu zahlen habe, ausbezahlen. Damit ich und die Bank möglichst wenig Umstände von den Zahlungen haben, giebt mir die Bank ein kleines Buch, in dem eine Reihe Formulare enthalten ist, mittels derer ich die Bank anweisen kann, von meinem Guthaben so viel ausbezahlen, als ich auf dem der Bank von mir oder einem Dritten überbrachten Formulare angegeben habe. Ich kann mittels der Formulare,

die eine Anweisung (Check) auf mein Guthaben darstellen, entweder Geld selbst beliebig abheben, oder, was das Wichtigere ist, ich kann Geld an Dritte überweisen und durch diese abheben lassen.

Nehmen wir z. B. folgenden Fall an: Ich habe ein Guthaben von 1000 Mk. bei einem Berliner Bankhaus. Nun habe ich, sagen wir einmal, 300 Mk. Miethen an einem bestimmten Tage zu bezahlen. Anstatt meinem Wirth 300 Mk. zu schicken, sende ich ihm ganz einfach eine solche Anweisung, und mein Wirth bekommt gegen sie von der mit mir arbeitenden Bank die 300 Mk. Vermittelt Check kann ich mir meine Zahlungen also ungemein vereinfachen und erleichtern. Ich brauche weder auf der Reise noch sonst im Leben ein großes gepoltes Portemonnaie, es genügt mir mein kleines Checkbuch. Bei größeren Beträgen denkt man gar nicht mehr an Baarzahlung, da geht Alles durch Checks. In Amerika ist es sogar schon Eitte, daß die Arbeiter den Kaufmann, den Schlächter, den Bäcker nicht mehr mit baarem Geld, sondern auch mit solchen Anweisungen bezahlen.

Es ist leicht ersichtlich, daß durch diese Ausdehnung des Checkverkehrs eine Menge baaren Geldes erspart wird. Das tritt namentlich dann zu Tage, wenn die Zahl derjenigen, die bei den Banken Konten (Guthaben) besitzen, größer wird und Zahlungen zwischen verschiedenen Konten-Inhabern erfolgen. Wenn z. B. mein Hauswirth, dem ich oben 300 Mk. Miethen zu zahlen hatte, auch ein Konto bei meiner Bank hat, so wird er sich von der Bank die 300 Mk., die ich ihm zu bezahlen habe, nicht in baar auszahlen lassen, sondern er wird sie sich auf sein Konto gutschreiben lassen. Die Zahlung erfolgt dann durch einfache Umschreibung nach folgendem Schema: Mein Guthaben bei der Bank: 1000 Mk.; das Guthaben meines Wirthes bei der Bank 1000 Mk. Ich stelle eine Anweisung auf 300 Mk. aus, die meinem Wirth zu Gute kommen soll. Diese Anweisung gebe ich meinem Wirth. Dieser schickt seinen Jungen damit zur Bank, und die Bank macht nun ohne jeden Pfennig Geld die Zahlung perfekt — einfach dadurch, daß sie von meinem Guthaben 300 Mk. abzieht und bei meines Wirthes Guthaben 300 Mk. zuzählt. Nach erfolgter Operation steht in den Büchern der Bank als: Mein Guthaben bei der Bank: 700 Mk.; meines Wirthes Guthaben bei der Bank 1300 Mk.

Auf diese Weise habe ich meine Rechnung an den Wirth beglichen; auf die nämliche Weise können meine Schuldner ihre Zahlungen an mich leisten, ohne daß auch nur ein Stück baares Geld verwandt wird. Denn da jeder Teilnehmer eben sowohl Einnahmen wie Ausgaben hat, die sich im Laufe des Jahres mehr oder weniger ausgleichen, so kann vermittelt bloßer Umschreibung jede Zahlung an mich oder von mir erfolgen. Alle größeren Zahlungen werden durch Umschreibungen gemacht, kleinere durch Checks.

Man stelle sich nun vor, daß nicht nur der reiche Mann, sondern alle Welt auf diese Weise seine Zahlungen vollzieht, so ist leicht ersichtlich, daß der Bedarf baaren Geldes ungemein eingeschränkt wird und gewissermaßen nur noch die solide Grundlage bildet, auf der sich die Kreditzahlung ohne Geld abwickelt. Die Riesensummen, die der Kleinverkehr an baarem Geld erfordert, werden entbehrlich; sie liegen auf den Banken, und nur in näher zu bezeichnenden Fällen, dort, wo Einnahmen und Ausgaben einander nicht das Gleichgewicht halten, tritt das baare Geld bei der Abrechnung der Bank mit den einzelnen Teilnehmern im Clearingverkehr wieder in Geltung. Sonst aber baut sich der gesammte Zahlungsprozess auf der ungemein weit entwickelten Organisation des Kredits auf und

Meister Timpe.

Sozialer Roman von Max Kreyer.

17) (Nachdruck verboten.)
Frau Urban zog ihre Tochter an sich, legte den Arm um ihre Schulter und sagte sanft:
„Es giebt gewisse Dinge im Leben, die man durchaus so nehmen muß, wie sie sind, will man sich nicht selbst das Dasein erschweren. . . . Mir zu Liebe wirst Du es thun, Kindchen, nicht wahr?“
Sinen Augenblick drohten bei Emma die Thränen hervorzuwachen; sie unterdrückte dieselben aber, weil ihr Stiefvater sie nicht weinen sehen sollte. Dann sagte sie, indem sie ihre Mutter plötzlich mit beiden Armen umschlang:
„Mama, ich habe Dich von Herzen lieb! Ich will es thun, weil Du es wünschst. Aber nie und nimmer werde ich diese Liebe auf Herrn Urban ausdehnen können. Ich verstehe garnicht, wie Alwine und Bertha so gleichgültig darüber denken können.“
„Sie sind eben vernünftige Mädchen“, warf Frau Urban ein.
„Also dann bin ich unvernünftig! Es scheint sich hier viel geändert zu haben, seitdem ich nicht mehr unter Euch weile und nicht nach dem Rechten sehen konnte.“
Ihre Mutter brach in ein lautes Lachen aus, das ihrer sonstigen Ruhe ganz widersprach. „Siehst Du, so gefällt Du mir wieder“, sagte sie dann, „daran erkenne ich meine lustige Kleintochter. Du besitzest Humor, und der ist nicht jedem Menschen beschieden; man kann sich mit ihm vortreflich zu helfen versehen.“
Emmas Stimmung hätte wohl nicht so schnell gewechselt, wenn sie nicht die Vertraulichkeit, mit welcher ihr Stiefvater mit Franz verkehrte, bemerkt haben würde. Das erweckte eine

gewisse Befriedigung in ihr, denn sie konnte sich nicht verhehlen, daß ihr einstiger Jugendfreund trotz seiner profaischen Anschauungen und seines stugerhaften Auftretens, dessen Komik ihr nicht entging, ein hübscher, junger Mann von Manieren geworden sei, der, was das Aeußerliche betraf, einen sehr günstigen Eindruck auf sie gemacht hatte. Da sie auf ihrem Landaufenthalt nur mit einigen jungen Leuten zusammengekommen war, Söhnen von Lehrern, Pächtern und Pastoren, die zum Theil sehr blöde und beschränkt thaten und jede Redlichkeit vernünftigen ließen, so hatte Franzens fürstliches, elegantes Auftreten sofort ihre Anerkennung errungen. Dadurch wurde ihre günstige Meinung von ihm nur noch bestärkt; und nicht minder durch den freundlichen Ton, mit welchem er hier empfangen worden war.
Im Laufe des Gesprächs mußte sie ihrer Mutter beichten, wie und wo sie die Bekanntschaft des jungen Mannes erneuert hatte. Bei dieser Gelegenheit hielt sie sich für verpflichtet, auf den kleinen Streit zwischen ihr und Franz zurückzukommen und die Lobeshymne desselben auf ihren Stiefvater zu erwähnen.
„Siehst Du“, sagte Frau Urban, „da hast Du gleich Einen, der anderer Meinung über Deinen neuen Papa ist. Daß die Bäume fallen müssen, thut mir ebenso leid wie Dir, aber wir haben Ersatz dafür; Urban besitzt in Steglitz eine sehr schöne Villa, zu der ein prächtiger Garten gehört. Da kannst Du Deine Träumereien fortsetzen, so lange bis — —“
„Ihr mich losgemorden sein werdet“, fiel Emma ergänzend ein, da ihre Mutter zögerte, den Satz zu beenden. „D gewiß Mama, ich will bald dafür sorgen. Ich werde Schullehrerin werden, mit einer blauen Brille anschaffen und barnack trachten, so häßlich zu erscheinen, daß alle Menschen auf den ersten Blick sagen werden: Das ist Herrs Urbans Tochter, das sieht man sofort.“
„Aber Kind, willst Du denn ewig ungezogen bleiben!“

Die müdige Dame gab ihrer Tochter einen leichten Schlag. Und Theresie, die sonst eine große Neigung zur Schwermüdigkeit besaß, sah sich jetzt ebenfalls genöthigt, mit berebten Worten ihre Freundin auf das Unschickliche ihrer Bemerkung aufmerksam zu machen.

Sie waren in einiger Entfernung von Herrn Urban und Franz zurückgeblieben. Als sie dieselben auf der Seite des Gartens, die an der Straßenfront lag, erreichten, fanden sie den Ersteren bereits wieder in voller Thätigkeit, seinem Lehrling die großartigen Pläne der neuen Fabrikanlage in die Luft zu zeichnen. Der lange Zeigefinger der rechten Hand beschrieb Linie auf Linie, Kreis auf Kreis, bis er endlich fernzergerade gen Himmel ragte, begleitet von den vielbedeutenden Worten:
„Das wird der Schornstein, verstehen Sie? Er wird an Höhe alles überragen, was jemals in dieser Gegend gesehen worden ist.“

Dieses „Verstehen Sie?“, zeitweilig unterbrochen von dem Stichwort „die Geschichte macht sich“, ließ sich überhaupt nach jedem Satze vernehmen, so daß es sich wie das „Werda“ eines Postens anhörte, auf das unter allen Umständen eine Antwort erfolgen muß. Und Franz stand steif und gerade wie ein Gardist dabei, der sich auf dem Paradeselde befindet und eine feierliche Miene zeigt, gab sich alle Mühe, bei dem jedesmaligen Angriff von Herrn Urbans Zeigefinger auf seine Brust nicht zu wanken, und beantwortete jede Kardinalfrage mit den Vertrauen erweckenden Worten:
„Großartig! . . . Ausgezeichnet! . . . Das wird was werden!“

Herr Ferdinand Friedwig Urban war glücklich; und er konnte nicht leugnen, daß seine Sympathie für den Sohn seines Nachbarn bedeutend gestiegen und daß er auf dem besten Wege sei, immer mehr gute wohlthuende Seiten an ihm zu entdecken.
(Fortsetzung folgt.)

wird nur Bild und Ausgleichverfahren in flotten Gange erhalten. Millionen und Milliarden von Rechnungen und Bezahlungen, die heute in haar zu erledigen sind, werden einfach durchmächtig dadurch erledigt, daß die einzelnen Summen einem Theil als Schuld, dem andern als Guthaben zugeschrieben werden. Nur dort, wo das Konto zur Begleichung nicht hinreicht, wo also die Ausgaben die Einnahmen übersteigen, ist von den einzelnen Teilnehmern am Abrechnungsverkehr noch bares Geld, oder in verschwindendem Maße, nötig, um die entstehenden Differenzen auszugleichen.

Und immer noch Ausweisungen!

Dreißig russische Arbeiterinnen einer Berliner Zigarettenfabrik sollten nach einem Telegramm des Petersburger Korrespondenten des „Berl. Tageblatts“ ausgewiesen worden sein. Genanntes Blatt erhielt darauf vom Berliner Polizeipräsidenten v. Windheim folgende „Berichtigung“:

Die in Nr. 2, XXVIII. Jahrgang des „Berliner Tageblatts“ vom 2. Januar 1899 enthaltene, angeblich von dem Petersburger Korrespondenten des Blattes beschriebene Mitteilung, daß dieser Tage die Ausweisung von fünfzig russischen Arbeiterinnen aus einer Berliner Zigarettenfabrik verfügt worden sei, ist unwahr.

Das Blatt entschuldigte sich darauf vielfach, erhält nun aber vom „Vorwärts“ folgende Bestätigung seiner Mitteilung:

Wer können dem „Berl. Tagebl.“ verrathen, daß sein Petersburger Korrespondent nicht schlecht unterrichtet gewesen ist und daß er sich sein demüthvolles Abbildungsrecht hätte sparen können.

Herr v. Windheim „berichtigt“! Wie und was soll der Herr Polizeipräsident berichten können, wenn er von der Stadtbezirks-Verwaltung weiß, was Alles er von der Polizei in der ihm polizeilich unterstehenden Stadt nicht weiß? Freilich in diesem Fall mag Herr v. Windheim formal richtig berichtet haben. Denn wer wollte von Herrn v. Windheim verlangen, daß er nach der Bezirks-Verwaltung hinaus etwas weiß? Und wer wollte ihn für verantwortlich halten, nicht in der Weise zu berichten, in der er berichtet, selbst wenn er wüßte, daß die Ausweisung der russischen Zigarettenarbeiterinnen zwar nicht in Berlin, wohl aber in Charlottenburg thatsächlich verfügt worden ist?

Folgen der Ausweisungspolitik.

Auf Antrag der ihm präsidialen Verbände beauftragte sich der Zentralausschuß der Berliner Kaufmännischen, gewerblichen und industriellen Vereine in seiner letzten Sitzung u. A. mit den wirtschaftlichen Folgen der Ausweisungen dänischer Staatsangehöriger aus Norddeutschland. In der betreffenden Beschlusse wurde für die eingetragenen Schadigungen heimischer Erwerbszweige umfangreiches und authentisches Material beigebracht. Insbesondere wurde festgestellt, daß das Ausland mehrfach den Versuch macht, die gegenwärtige Sachlage wirtschaftlich für sich auszunutzen. An der Hand einschlägiger, auf Grund der Veröffentlichungen des amtlich statistischen Amtes pro 1897 gemachter Zusammenstellungen wurde der Güterausfuhr zwischen Deutschland und Dänemark eingehend untersucht und konstatiert, daß Dänemark nach Deutschland fast ausschließlich Erzeugnisse der Landwirtschaft und der Fischerei in Höhe von ca. 60 Millionen Mark = 1 1/2 Prozent der deutschen Einfuhr, Deutschland nach Dänemark hingegen vorwiegend Industrieprodukte im Werte 107 Millionen Mark = 2 1/2 Prozent der deutschen Gesamtausfuhr einführt. Angesichts dieser Sachlage, die den natürlichen Ausdruck der wirtschaftlichen und geographischen Lage beider Länder bildet, würde die Erwartung angebracht sein, daß insbesondere die wirtschaftlichen Beziehungen, inwiefern dies augensichtlich nicht der Fall ist, wieder eine von Uebertreibungen unbestimmte und von Mißverständnissen freie Entwicklung nehmen würden. Andererseits wurde hervorgehoben, daß die Angehörigen der heimischen Industrie und des heimischen Handels, die alle Zeit herbei haben, daß sie bereit sind, ihre eigenen Interessen zu verteidigen, falls das Interesse der Gesamtheit dies erfordert, Anspruch darauf haben, daß sich solche politische Maßnahmen auch unter hinreichender Würdigung der wirtschaftlichen Gesichtspunkte vollziehen. Mit Rücksicht darauf, daß Entscheidungen der Regierung über die Ausweisungen aus Norddeutschland nur den Vertretern der Landtagsabteilungen zustehen, wurde beschlossen, zunächst diese Entscheidungen so wie sie sich hieran ergebende Orientierung im Abgeordnetenhaus abzuwarten.

Die Herren Kaufleute werden hier und da sehr geschäftig durch die drohenden wirtschaftlichen Folgen der Ausweisungen, wüßten es aber um keinen Preis um schädlichen Seiten zu vermeiden. Sie „warten“ daher ab. Denn es kann nur nicht so spät ist, noch etwas zu thun?

Das Urtheil des Auslandes.

Der „Berliner Volkszeitung“ wird von ihrem Londoner Korrespondenten über die Beurtheilung der radikalen Politik in Deutschland besonders der neuesten Ausweisungen in Stockholm im Auslande geschrieben:

Die deutsche Regierung scheint sich in der vorigen Sitzung zu befinden, daß die fremden Staaten sich nicht um ihre Erweiterung Deutschlands kümmern, während im Gegentheil die Fortschritte der Rechte in Deutschland auf das Schlimmste herabzusetzen werden und eine Forderung gegen Deutschland hervorzubringen, welche gefährliche Folgen zu zeitigen geeignet ist.

Der englische Sozialist in London macht seine Bemerkung darauf aufmerksam, daß noch niemals eine so günstige Gelegenheit geboten gewesen wäre, wie jetzt, den deutschen Handel aus Dänemark zu verdrängen. Dieser habe im vorigen Jahre 129 Millionen Kronen betragen, während England nur für 78 Millionen Kronen importiert hätte. Eine von 7000 Personen bestehende Versammlung der dänischen liberalen Partei habe entschieden den Beschluß gefaßt, auf die Ausweisungen aus Dänemark-Deutschland mit der Bestätigung der deutschen Forderungen zu antworten und die englischen Forderungen zu unterstützen.

Es geht den deutschen Sozialisten durch die Politik deutscher Staatsmänner ein Gemüthssturm über, dessen wirksamer Grund die Ausweisung der russischen Arbeiterinnen ist, welche nach Ansicht der englischen Partei, nur noch eine Frage der Zeit war. Merkmal verleiht die deutsche Regierung keine je

Handelsmärkte in China und vielleicht auch in den bisherigen spanischen Kolonien zu eröffnen, doch diese Politik, die dem fliegenden der Taube in der Hand, um den Spagen auf dem Dach zu fangen, zweifelt ähnlich steht, kann den deutschen Exporteuren nur schwachen Trost gewähren. Den Forderungen zu bewilligen pflegten und die sich festhalten, als wenn sie nichts von einer Reaktion im neuen Deutschen Reich bemerken könnten, wird die empfindliche demonstratio ad oculos, welche ihnen jetzt zu Theil geworden ist, wohl die Augen öffnen. Es giebt Menschen, deren Verständnis erst durch eigene Leiden hervorgehoben werden muß, und zu diesen gehören die Herren, welche endlich auch einmal die Wohlthaten der Reaktion zu kosten bekommen.

Noch bedenklicher als der Verlust, den der deutsche Handel erleidet, ist übrigens meines Erachtens der Schaden, welcher dem deutschen Ansehen im Auslande durch die letzten Vorkommnisse in Deutschland widerfährt. Vor einiger Zeit berichtete ich, daß die „Daily News“, unter der Spitzmarke „Deutsche Freiheit“ die Verfolgung des Professors Delbrück und die Verurtheilung des Malers Heine einer für Deutschland wenig schmeichelhaften, aber leider nicht zu widerlegenden Kritik unterzogen hätten. Neuerdings bringt das einflussreiche radikale Blatt „Reynolds“ über diese beiden Vorkommnisse einen Artikel, der sich nur auszugeweiht wiedergeben läßt. Reynolds fordert seine Leser auf, sich einmal vorzustellen, was in England geschehen würde, wenn man einen Professor der Universität Oxford wegen einer Kritik der englischen Politik verfolgen und einen Zeichner des Witzblattes „Punch“ wegen einer Karikatur der Königin verurtheilen wollte.

Katholische Arbeiter und die Zuchthausvorlage.

Eine Protestversammlung der katholischen Berliner Arbeitervereine nahm nach Referaten der ultramontanen Reichstagsabgeordneten Pille und Schmidt-Warburg folgende Resolution an:

Die Verlesung erklärt sich gegen die in Aussicht genommene Bestrafung von Strafen für sogenannte Streikvergehen. Insbesondere in die Anwendung der entwerfenden Zuchthausstrafe entschieden zurückzutreten, weil dadurch die Gegensätze unter den Arbeitern verhärtet und eines der wichtigsten Rechte des Volkes, die Koalitionsfreiheit, bedeutungslos würde. Deshalb ermahnen die organisierten christlichen Arbeiter von allen Abgeordneten des Reichstages, die auf dem Boden der christlichen sozialen Reform stehen, eine entschiedene Ablehnung über Bestrafung der bestehenden Strafen des arbeitenden Volkes.

Was das Centrum, das jetzt schon fast mehr Regierungspartei als „regierende Partei“ ist, auf diese katholische Arbeiterumgebung gegen die Zuchthausvorlage mit der Ablehnung der Selegenmauer antworten? Wir haben alle Ursache, dem Centrum nicht zu viel Hochgratstärke zuzutrauen im Zeichen des Kreuzes und Dormitionskreuzes.

Früchte der Antianarchistenkonferenz?

Die der Polizei bekannt gewordenen Magdeburger Anarchisten wurden am letzten Tage des alten Jahres mit einer Anordnung bestraft, sich am 1. Januar im Polizeigebäude zu versammeln. Mit der größten Stille wurden sie hier nach ihrem Referat gefragt. Die Antworten wurden sorgsam registriert. Man bediente sich hierzu eines eigens zu diesem Zwecke angefertigten Formulars.

Nach Beendigung der Formulare erklärten die Anarchisten Anmerkungen, daß in einem Abzweigen einer öffentlichen Sitzung nach dem ersten Referat zu unterbreiten. War die Aufnahme der Referate eine Angelegenheit der Gründe schon eine ganz erfüllte Maßnahme, so es sich um Personen handelt, gegen die kein Strafverfahren anhängig gemacht ist oder ist, so würde die öffentliche Sitzung erst recht aufhören.

Manchmal wurde später der Anarchisten gegen die formale Bestrafung einer Person erwähnt: sie schied sich mit voller Macht nach den Grundsätzen der öffentlichen Handlung. Es wurde ihnen unterstellt, daß die Aufnahme der Referate, die öffentliche Sitzung von dem Stande des Jahres verfügt ist, es sich schon die öffentliche Sitzung bestimmter Personen angeht. Der Bericht hatte Erfolg. Es wurde von der öffentlichen Sitzung Abstand genommen und dem Anarchisten erwidert, über ihren Körper Angaben zu machen. Zum Teil war das Referat nachher Art, und die Polizei war mit der Schätzung und Bemerkungen angehalten.

Insbesondere wird die „Abänderung des Gesetzes“ mittheilt, daß Personen mit der öffentlichen Bestrafung bestraft werden, die in unzulässiger Weise nachkommen und bestraft sind: es wäre angezeigt, darüber Nachdenken zu erheben. Es wird angenommen, daß die öffentliche Bestrafung gegen Anarchisten eine Folge der Unzulässigkeiten ist. Und andererseits ist gegen Anarchisten in ähnlicher Weise vorgegangen worden. Der Anarchist der Zeitungs: „Der Arbeiter“. Auch Brand in dem Magdeburger bei Berlin, freilich dem „Berliner Tageblatt“ mit, er sei auf die Verurtheilung nicht und hat nach Aufhebung seiner Verurtheilung, trotz seines Entschlusses, einer Sitzung unterzogen werden.

Man wieder mehrere Polizeibehörden sind sich der Reichstagsbestrafung haben. Es ist doch auch in Deutschland noch Leben erhalten, eine politische Bewegung zu haben und zu befehlen, wenn er dabei die bestehenden Gesetze nicht verletzt.

Was hat man befürchtet?

Die Einheiten in der Garnison sind nach der gemachten Seite in Frankfurt a. M. für sehr ernst angesehen worden sein. Demnach war, wie das dänische „Jugend“-Blatt, die ganze Garnison, einschließlich der Disziplin, in den Reihen konfignirt. Die Engländer hatten die Pferde gehalten und auch der Stadtkommandant, Generalleutnant a. d. Infanterie, hielt sich während der Nacht in der Garnison auf. Bis gegen 10 Uhr Abends hatte man nach der Hauptstadt in seinem Trupp und in unzufälliger Weise eine Anzahl von Engländern der unzulässigen Seite

gebracht. Glücklicherweise war ein Eingreifen des Militärs nicht nötig.

Man scheint wirklich sehr nervös zu werden. Ursache dazu scheint uns aber nicht vorhanden.

Ob's wahr sein wird?

Ein Gesetzentwurf, betreffend die Haftpflicht des Staates, der Gemeinden und anderer kommunaler Verbände für die Versehen der Beamten, soll nach der Meldung eines Berichterstatters im preussischen Justizministerium ausgearbeitet worden sein. Die Vorlage habe die Zustimmung des Staatsministeriums gefunden und solle dem Landtage zugleich mit dem Etat zugehen. — Da muß man wohl ein dickes Fragezeichen machen?

Die Aerzte und die Krankenkassen.

Mit der Stellung der Aerzte zu den Krankenkassen, insbesondere mit der Frage der freien Arztwahl wird der Reichstag sich auf Grund verschiedener Petitionen zu beschäffigen haben. Diese Frage steht gegenwärtig in ärztlichen Kreisen obenan, namentlich seit den Kassenvorgängen in Barmen und Remscheid. Ende vorigen Monats hat der Ausschuß der preussischen Ärztekammer beschlossen, über die Stellung der Aerzte zu den Krankenkassen Gutachten von allen Kammern einzuholen und das Ergebnis in einer Denkschrift der Behörde zu übermitteln. Als Norm hat der Ausschuß folgende Forderungen empfohlen:

- a. Es ist prinzipiell die gesetzliche Festlegung der freien Arztwahl, wenigstens für die Ortskrankenkassen, anzustreben.
- b. Es ist die gesetzliche Definition, wer als „Arzt“ zu bezeichnen ist, anzustreben.
- c. Es ist anzustreben, daß alle Kassen, die den gesetzlich geforderten Mindestfonds erreicht haben, die Honorierung der Aerzte möglichst bis zur Erreichung der Minimaltarife erhöhen.
- d. Es sind gesetzlich (ärztliche oder gemischte) Kommissionen zu bilden, welche die Abschlüsse der Verträge zwischen Kassen und Aerzten zu prüfen haben.
- e. Eben solchen Kommissionen liegt die Rezipitur ob.
- f. Es sind für Streitigkeiten zwischen Kassen und ihren Aerzten gesetzlich Schiedsgerichte nach Analogie der Schiedsgerichte für die Gewerbetreibenden zu bilden.
- g. Es soll darauf hingewirkt werden, daß 1) Personen mit mehr als 2000 Mark Jahreseinkommen auch freiwillig nicht Mitglieder von Krankenkassen werden können, und daß 2) bei späteren Änderungen in der Gesetzgebung dieser Betrag des Einkommens nicht erhöht werde.

Auch der nächste Aerzte-Tag, der im März d. Js. in Dresden stattfinden wird, soll als Hauptgegenstand die Stellung der Aerzte zu den Krankenkassen behandeln. Anscheinend hat in ärztlichen Kreisen das System der freien Arztwahl viele Freunde, nur über den Weg ist man verschiedener Meinung. Der Forderung, daß die freie Arztwahl gesetzlich festgelegt werden soll, wird entgegen gehalten, daß im Reichstag dafür wohl keine Mehrheit zu haben sein werde, da sie einen Eingriff in die Selbstverwaltung der Kassen bedeute. Von anderer Seite wird empfohlen, man möchte die freie Arztwahl ohne Zwang sich weiter entwickeln lassen.

Für die Sozialdemokratie gilt es, in dieser Frage wichtige Interessen der Arbeiter zu vertreten, vor allen Dingen jeden Versuch weiterer Beschränkung der Selbstverwaltung der Kassen energisch zu bekämpfen.

Der Entwurf eines neuen Zolltarifs in der Ausarbeitung des Reichskanzlers, ein sehr umfangreiches Schriftstück, das auch die bisherigen Zollsätze mit den einzelnen Tarifätzen enthielt und den deutschen Bundesregierungen im vergangenen Herbst zugegangen ist, wird der „Nordd. Allg. Ztg.“ zufolge kaum vor dem Spätherbst dieses Jahres mit Berücksichtigung der eventuell seitens der Regierungen gemachten Änderungen so weit fertig sein, daß er als Unterlage für die weitere Beratung dienen kann. Daher werde er auch dem Wirtschaftlichen Ausschuss wohl erst gegen Ende dieses Jahres mitgeteilt werden. Das offizielle Blatt kündigt ferner an, daß der Entwurf dann gleichzeitig auch anderen berufenen Körperschaften, welche den Handel, die Industrie und die Landwirtschaft vertreten, mitgeteilt werden werden. Auch die Handelskammern sollen, entsprechend dem Wunsche des deutschen Reichstages, den Entwurf erhalten. Als Grund, weshalb die Regierung den Entwurf noch nicht veröffentlicht hat, giebt die „Nordd. Allg. Ztg.“ an, daß die Regierung keine Veranlassung zu einem Streit über die Zollsätze geben möchte, ehe das Strenggebiet einigermaßen festgesetzt ist.

Der Wirtschaftliche Ausschuss ist zum 11. Januar einberufen wegen der Abänderung des belgischen Zollvertrages und dessen Einfluß auf die deutsche Ausfuhr. In dieser Angelegenheit hat der Zentralausschuß Berliner kaufmännischer, gewerblicher und industrieller Vereine an den Minister für Handel und Gewerbe den Antrag gerichtet, geeignete Schritte zu thun, damit der von der belgischen Regierung bei der belgischen Kammer eingebrachte Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Erhebung des Eingangszolles auf Waaren, die nach Werth verzollt werden (projet de loi relatif à la perception des droits d'entree sur les marchandises tarifées à la valeur) nicht Gesetzeskraft erlange.

Aus unseren Kolonien. Über eine Hungersnoth in der Provinz Ufamba in Deutsch-Ostafrika wird nach der „Danz. Ztg.“ von einem Kaufmann aus Mainz geschrieben: Die Hungersnoth greift immer weiter aus und wird immer unheimlicher. Man kann den Leuten den Hunger an den heißen Wangen und dem abgemagerten Körper nur zu deutlich absehen. Hier giebt es sogar Leute, die aus Hunger das Fleisch von Hyänen und Schakalen essen. Kommt eine Karawane von der Küste auf der Station an, so findet stets eine förmliche Belagerung unseres Hauses von Karawänen und Bettlern statt. Von immer weiter her, jetzt aus dem oberen Ufa müssen die Ufamba sich ihr Getreide holen; bis uns die Leute von einer solchen zehn- bis zwölftägigen Reise zurück sind, müssen die Lebergeschicklichen elend hungern.

Ausland.

Die Feinde der Republik.

In Frankreich wüthet der Agitation. Immer frecher wagt sich die monarchische Agitation hervor. Der „Matin“ veröffentlicht eine Uzierröde mit einem hervorragenden Theilnehmer an der jüngst zum Prinzen Victor nach Brüssel entsandten konservativen Abordnung, welcher erklärte, daß Prinz Victor zur Krone empfänglich sei, einen Gewaltstreich vorzubereiten, sobald die Ereignisse eintreten, welche in Frankreich, als man gerade zu erwarten steht, sich an die Spitze

